

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 9 96 846 ppbn d
Telefax: 9 16 20-32



Inhalt

Erwin Horn MdB zum
Verhältnis von Politik
und Streitkräften: Bun-
deswehr - eine ge-
schlossene Gesell-
schaft?

Seite 1

Liesel Hartenstein MdB
zum ökologischen Be-
standteil des CDU-
Grundsatzprogramms:
Gewogen und für zu
leicht befunden.

Seite 4

47. Jahrgang / 149

6. August 1992

Bundeswehr - eine geschlossene Gesellschaft?

Die Unionsparteien haben den Streitkräften eine Ghetto-Mentalität aufgezwängt

Von Erwin Horn MdB

In der öffentlichen Diskussion wird das Versagen des Verteidigungsministeriums vorwiegend oder gar ausschließlich den Soldaten wegen "Unfähigkeit oder Illoyalität" zur Last gelegt.

Gewiß hat es seit dem Bestehen der Bundeswehr Grenzüberschreitungen gegeben, von General Grasheys Schmähungen der Inneren Führung über die abenteuerliche Studie des damaligen Heeresinspektors Schnez "Zur inneren Ordnung des Heeres" bis zur Polemik von zwei hochrangigen Generalen zu einem Jahresbericht des Wehrbeauftragten Willf Weiskirch an den deutschen Bundestag.

Doch diese Einzelbeispiele zu verallgemeinern wäre falsch und ungerecht. Schuld an der bestehenden Misere ist nicht der "Größenwahnsinn der Generale", sondern das Versagen der Politiker. "Chaos als Leitungsprinzip" im BMVg, das trifft die Wirklichkeit näher.

Die Pannenserien im Verteidigungsministerium mögen etwas mit der Kompliziertheit und der Sensivität, die dem Gegenstand anhaften, zu tun haben. Sie sind jedoch in erster Linie das Ergebnis mangelnder politischer Führung durch die Regierung und weithin ausfallender Kontrolle durch das Parlament. Der Primat der Politik ist umstritten, aber den Soldaten - übrigens auch den anderen Spitzenbeamten des Ministeriums - fehlt der Kompaß. Die Regierung läßt wurstein und im Verteidigungsausschuß wird durch die Koalitionsmehrheit begleitende Kontrolle verhindert. Die Koalitionsmehrheit begreift sich nicht als klassische eigenständige Gewalt, als unabhängiges Verfassungsorgan, sondern als der verlängerte Arm der Regierung.

Dadurch wird der Freiraum für die sowieso immer stärkere Administration beliebig ausgedehnt.

Ob es sich um die als Landmaschinen deklarierte Waffenlieferung für Israel oder um die Waffenlieferung für die Türkei handelt: die Bürokratie des Verteidigungsministeriums handelte stets in der Überzeugung, daß dies auch im Sinne übergeordneter Staatsraison der eigentliche politische Wille von Regierung und Koalitionsmehrheit sei. Und gewiß hat das Verhalten der Koalitionsfraktionen im U-Boot-Untersuchungsausschuß Anlaß für die Soldaten und Beamte der Hardthöhe gegeben, daß sie mit ihren Lieferungen ganz im Sinne der Bundesregierung handelten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Das Problem liegt tiefer und läßt sich nicht durch Verwaltungsmaßnahmen und institutionelle Änderungen des Verteidigungsministeriums allein lösen. Das Problem ist der faktische Ausfall der demokratischen Kontrolle durch die Parlamentsmehrheit.

Selbst das schärfste Schwert, der parlamentarische Untersuchungsausschuß, wird dabei stumpf.

Ich habe an fünf Untersuchungsausschüssen des Verteidigungsausschusses nach § 45 a des Grundgesetzes in herausgehobener Funktion mitgewirkt. Nur der Untersuchungsausschuß in der Affäre Wömer-Kießling brachte ein positives Resultat zustande: die volle Rehabilitation eines ehrenrührig behandelten Soldaten.

Der Untersuchungsausschuß über den Spionagefall Lutze/Wiegel brachte in einem von Regierungs- und Oppositionsparteien verfaßten gemeinsamen Teil Ansätze für ein Aufbrechen verkrusteter Strukturen im Verteidigungsministerium. Dabei ging es vor allem um die Durchforstung der Geheimhaltung. Vom Vermerk 'vertraulich' bis 'streng geheim' schwirren ...zigtausende von Papieren und Akten im Verteidigungsministerium umher. Admiral Schmähling hat recht, wenn er 'das krankhafte Bedürfnis, nahezu alles geheimzuhalten' kritisiert.

Aber der Verteidigungsausschuß hätte doch nur seiner selbstgestellten Aufgabe nachzukommen brauchen.

Noch grotesker vollzog sich die Selbstentmündigung des Verteidigungsausschusses in seiner originären Aufgabe als Kontrollorgan im Untersuchungsausschuß 'Rammstein/Nörvenich'. Hier wurde der Sinn eines Untersuchungsausschusses bis an die Grenze der Legalität geradezu pervertiert. Verteidigungsminister Scholz bildete im Verteidigungsministerium einen Koordinierungsstab - natürlich aus CDU-Parteilreunden zusammengesetzt -, dessen Funktion darin bestand, die Selektion der dem Ausschuß zuzuleitenden Unterlagen zu erarbeiten und die Information, Vorbereitung und inhaltliche Abstimmung der Aussagen von Zeugen vorzunehmen. 'Sinnigerweise' nahm der Vorsitzende dieses sogenannten Koordinierungsausschusses an jeder - auch geschlossenen - Sitzung des Verteidigungsausschusses teil.

Nur der damalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, der jetzige Wehrbeauftragte Alfred Biehle, nahm Anstoß an dieser fragwürdigen Praxis. Er hatte jedoch keine Chance, sich durchzusetzen, zumal wiederum die FDP-Vertreter in einer servilen Weise dieses Verfahren rechtfertigten.

Die Abdankung des Verteidigungsausschusses als Kontrollinstanz hat weitreichende Folgen, die sich jetzt gegen ihre Urheber richten. Wo Helmut Schmidt Diskussion und Kritik geradezu institutionalisierte zum Beispiel durch die 'kritische Bestandsaufnahme', wo Georg Leber den offenen Dialog zwischen Bundeswehr und Gesellschaft suchte und fand, da mündete unter drei CDU-Ministern die Bundeswehr in eine geschlossene Gesellschaft ein.

Das fatale Ergebnis der Gesprächslosigkeit ist die Führungslosigkeit. Die Spitze der Hardthöhe hat keine Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Sie gibt Antworten auf Fragen, die niemand mehr stellt, und sie sucht 'krankhaft nach neuen Bedrohungsbildern' wie der FDP-Abgeordnete Hoyer zu Recht vermerkt; aber bezeichnenderweise begründet der von mir sonst sehr geschätzte Kollege Dr. Hoyer die Ablehnung des von Hans Apel initiierten Emcke-Modells mit dem Hinweis, daß damit zuviel Kontrolle verbunden sei.

Das ist genau der Punkt: Parlamentarier der Koalitionsparteien schrecken vor durchgreifender Kontrolle der Exekutive zurück. Wo Kontrolle fehlt, verselbständigt sich die Verwaltung.

Nach dem geistigen Aufbruch in der Bundeswehr unter Helmut Schmidt, nach der Identifizierung von Staat und Gesellschaft - vor allem der bisher noch abseits stehenden Gewerkschaft - mit unserer Bundeswehr durch Georg Leber, führten die CDU-Minister die Bundeswehr aus einer Mischung von geistiger Wertfeldverengung und parteipolitischer Absicht immer mehr ins gesellschaftliche Abseits. Die bestimmende Richtung kam vom Verteidigungsministerium, das eine klare Zäsur zur Epoche der sozialdemokratischen Verteidigungsminister vornahm.

Helmut Schmidts Reformen wurden soweit wie möglich unterlaufen und Georg Lebers großes Ideal der Versöhnung von Arbeiterschaft und bewaffneten Streitkräften durch das Aufstellen

innenpolitischer Feindbilder bewußt zunichte gemacht. Die Bundeswehr wurde in die Isolierung geführt.

Den meisten Soldaten erschien diese reaktionäre Wende als einzige Alternative, da die SPD immer mehr als vertrauenswürdiger Partner ausfiel. Die Verteidigungspolitiker der SPD-Bundstagsfraktion erschienen den Soldaten als Exoten, die in den Entscheidungsgremien der Partei auf Bezirks- oder Bundesparteitagen in der Minderheit blieben. Dabei waren es nicht die von den Verteidigungspolitikern selbst mitverfaßten Leitartikel, sondern vorwiegend Beschlüsse über symbolische Akte, wie feierliches Gelöbniß und Zapfenstreich, die Unverständnis und Unmut der Soldaten hervorriefen.

Die gleichgültige und ablehnende Haltung vieler Sozialdemokraten gegenüber der Bundeswehr hat den Prozeß erheblich erleichtert, daß das Verteidigungsministerium zu einer amorphen Masse wurde.

Abweichende Meinungen wurden nicht geduldet, stillschweigende laufbahnmäßige Schikanen oder gar drakonische Maßnahmen der Degradierung waren die Folge unliebsamer Äußerungen gegenüber der Regierungspolitik.

Einflußreiche Teile der Bundeswehr schotteten sich zunehmend gegen die Sozialmentalität einer geistig offeneren und liberaleren Gesellschaft ab. Aber auch das in der Gesellschaft sich entwickelnde und das in der Bundeswehr konservierte politische Wertesystem klappten immer weiter auseinander. Das wird am deutlichsten sichtbar am zentralen Begriff der Sicherheit. Seit mehr als einem Jahrzehnt - auch vor dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes - wird die Gefahr für unsere Sicherheit in Westeuropa nicht mehr vorwiegend als militärisches Problem gesehen; nicht so bei der politischen Führung des Verteidigungsministeriums und den Koalitionsparteien. Wer den Begriff der militärischen Sicherheit relativierte, mit Hinweis auf Bevölkerungsexplosion und Umweltzerstörung, wurde von den CDU-Verteidigungsministern und den Vertretern der Koalitionsparteien als Sicherheitsrisiko denunziert.

Die Bundeswehr wurde in eine Ghetto-Mentalität eingezwängt, aus der sie aus eigener Kraft den Ausbruch nicht leisten konnte. Auftrag, Bildung und Ausbildung, die Definition der Rolle unserer Streitkräfte und die geltende Strategie stimmen und stimmten nicht mehr mit Wahrnehmung und Erkenntnissen der Soldaten in ihrem außerdienstlichen Lebensbereich überein. Dies ist der Kern, der inzwischen so oft zitierten Sinnkrise der Bundeswehr. Als ich diesen Begriff zum ersten Mal in einer Bundstagsdebatte einbrachte, stellte der damalige Verteidigungsminister Scholz unter dem Beifall der Koalitionsparteien fest, es gebe keine Sinnkrise der Bundeswehr. Auch das hat Methode: unangenehme Tatsachen werden einfach geleugnet.

Dem neuen Verteidigungsminister werden viele Ratschläge zur Reorganisation seines Ministeriums gegeben. Sie wirken längerfristig nur, wenn ein neuer frischer Geist in das Ministerium einzieht. Eine vernünftige, den Herausforderungen angemessene Sicherheitspolitik kann jedoch nur Erfolg haben, wenn sie eine kritisch-konstruktive Begleitung durch das Parlament, und das heißt, in erster Linie durch den Verteidigungsausschuß hat.

Der Verteidigungsausschuß ist in seiner Mehrheit nur unzulänglich dieser Pflicht nachgekommen. Gewiß, im konkreten Fall schmerzt Kritik, aber sie ist auch heilsam.

Das stärkere Gewicht des Haushaltsausschusses hat weniger mit seiner rechtlichen Ausstattung zu tun, auf die oft von Parlamentariern anderer Ausschüsse entschuldigend hingewiesen wird. Es gibt keinen Ausschuß im Deutschen Bundestag, der die gleiche verfassungsrechtliche Kompetenz aufzuweisen hat, wie der Verteidigungsausschuß. Das Wehrbeauftragtengesetz gibt diesem Ausschuß noch weitere Zuständigkeiten.

Es geht darum, wie der jeweilige Ausschuß seine Rolle selbst begreift und definiert.

Nicht nur der Verteidigungsminister, sondern auch der Verteidigungsausschuß steht vor neuen Herausforderungen. Die Soldaten und Beamten der Hardthöhe registrieren viel sensibler als gemeinhin angenommen wird, ob der Verteidigungsausschuß im Austausch alter Rituale erstarrt oder wirksam Kontrolle ausübt und richtungweisende Impulse gibt.

(-/6. August 1992/rs/fr)

Hartenstein: CDU-Programm - Gewogen und für zu leicht befunden
Sammlung wohlklingender Globalthesen ersetzt kein Handlungskonzept

Von Dr. Liesel Hartenstein
Stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses

Mit ihrem neuformulierten Umweltkapitel, das Bestandteil ihres Grundsatzprogramms werden soll, macht die CDU offensichtlich den Versuch, Anschluß an den Stand der Ökologie-Diskussion zu finden. Doch der Versuch verfehlt sein Ziel.

Die bloße Aneinanderreihung eingängiger Globalthesen, aus denen keine Schlußfolgerungen gezogen werden, kann nicht überzeugen. Da ist die Rede vom "Prinzip der Gesamtvernetzung, das Kreisläufe herstellt", da wird der "ökologische Generationenvertrag" beschworen und das Bekenntnis zur "einen Welt" abgelegt - wer könnte dagegen etwas einwenden? Aber es fällt auf, daß mit geradezu übergroßer Ängstlichkeit Konkretisierungen vermieden werden.

Der Hinweis, daß man auf das Ordnungsrecht nicht ganz verzichten könne, wirkt nachgerade schüchtern; Gebote und Verbote werden erwähnt, steuerliche Anreize und Abgaben, wie zum Beispiel eine emissionsbezogene Kfz-Steuer als marktwirtschaftliche Instrumente angepriesen. Der Instrumentenkasten ist wahrhaft dünn bestückt; wer handfeste Aussagen erwartet, findet eine gähnende Leere vor.

Kein Wort über neue ökologisch verträgliche Verkehrsstrukturen; kein Wort über einen grundlegenden Umbau der Energiewirtschaft, wie ihn die Enquete-Kommission einstimmig gefordert hat; der Begriff Klimaschutz kommt in dem CDU-Papier überhaupt nicht vor; kein Wort auch über konkrete Maßnahmen zur Eindämmung des Ressourcenverbrauchs, zur Bekämpfung des galoppierenden Artenverlustes, zur Verbesserung des Naturschutzes: die schlichte Wahrheit, daß Umweltpolitik, wenn sie zu einer dauerhaften Entwicklung führen soll, Strukturen verändern muß, ist offenbar in die Köpfe der CDU-Programmmer noch nicht vorgedrungen.

Das gilt ebenso für die formelhafte Forderung nach einer Umweltaußenpolitik. Daß die Völkergemeinschaft heute eine "weltweite Risikogemeinschaft" bildet, wird keiner bestreiten. Auch nicht, daß wir ein "weltumspannendes Handlungsprogramm" brauchen, doch wie es aussehen könnte, bleibt bei der CDU völlig im Dunkeln. Und die unerbittliche Tatsache, daß wir, die Bundesrepublik Deutschland, als reiches Industrieland national beginnen müssen, wird nur leise angetippt und ansonsten in weiche Watte verpackt.

Die CDU ist zu fragen:

Wo bleibt die Einlösung des Versprechens, die CO₂-Emissionen in der Bundesrepublik um 25 bis 30 Prozent bis zum Jahre 2005 zu reduzieren?

Wo bleibt die Umsetzung einer konsequenten Entschuldungspolitik für die Entwicklungsländer?

Wo bleibt die klare Aussage an die Mitfinanzierung von umweltzerstörenden Großprojekten in der Dritten Welt?

Wo bleibt ein großangelegtes Programm für die Nutzung der Solarenergie?

Nirgendwo wird deutlich gesagt, mit welchen Schritten das Industrieland Bundesrepublik seine angemaßte Vorreiterrolle wirklich wahrzunehmen gedenkt.

Einem Grundsatzprogramm, das sich zu 80 Prozent mit wohlklingenden, aber unverbindlichen Allgemeinthesen zusammensetzt, läßt sich leicht zustimmen; gefragt ist aber etwas ganz anderes, nämlich ein mutiges, zukunftsweisendes Handlungskonzept. Wer nach realistischen Perspektiven sucht, wird Enttäuschung ernten. Die gewaltigen Überlebensprobleme der Menschheit lassen sich so weder adäquat beschreiben, geschweige denn lösen. Das CDU-Papier entpuppt sich als Leichtgewicht.

(-/6. August 1992/rs/fr)
